
Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 18.11.2025**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:13 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 18. November 2025, 16.30 Uhr mit 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende und Fraktion der CDU, Herr Kellner**, bittet hier um Abstimmung, da keine Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche vorgebracht werden.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.09.2025

Auf Anfrage von **Herrn Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, werden keine Änderungs- und / oder Ergänzungen zur Niederschrift gewünscht.

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 2

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass der Bürger, Herr Neuhaus, bzgl. der 30 km/h-Zonen Fragen hat und Rederecht erteilt haben möchte. **Herr Kellner** schlägt vor, zunächst die Präsentation der Verwaltung zum TOP 7.2. abzuwarten und dann Herrn Neuhaus Rederecht zu erteilen. Die anwesenden Stadträte stimmen dem zu.

Es meldet sich ein weiterer anwesender **Bürger** und stellt folgende Fragen:

Frage 1:

„Was ist außer der Dienstberatung des Oberbürgermeisters geschehen, um das Problem abzustellen? Und was soll jetzt unternommen werden, um hier schnellstmöglich zu einem Ergebnis zu kommen? Ich habe schon mehrfach auf die Verstöße gegen die Beschlüsse des Stadtrates zu den Antworten auf Bürgeranfragen aufmerksam gemacht, laut Ihnen ist es in der OB-Dienstberatung behandelt worden. Leider erfolglos. Es sind weitere Anfragen dazu gekommen, die nicht beantwortet sind und auch die Liste der nicht eingestellten Antworten wird immer länger. Es geht hier um alle Anfragen, um damit nicht in jedem Ausschuss dasselbe Thema ansprechen zu müssen. Das habe ich ja schon. Mehrmals.“

Der **Bürger** präzisiert auf Nachfrage, dass es um die Veröffentlichung von Antworten im Ratsinformationssystem gehe und dass er seit Monaten auf Antworten warte. Er bietet an, alle Fragen erneut vorzulesen, weist jedoch darauf hin, dass dies viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Herr Horváth erklärt, dass die Anfragen, die der Bürger in diesem Ausschuss gestellt habe, beantwortet worden seien. Er bittet den Bürger, weitere unbeantwortete Anfragen an das zuständige Dezernat zu senden.

Der **Bürger** entgegnet, dass er dies bereits mehrfach getan und keine Antworten erhalten habe. Er betont erneut, dass es um Anfragen aus allen Ausschüssen gehe und dass diese bereits schriftlich vorlägen.

Herr Horváth wiederholt, dass ihm keine weiteren unbeantworteten Anfragen bekannt seien, und bittet den Bürger, diese erneut einzureichen.

Frage 2:

„Welche Konsequenzen wird das von Seiten der Stadträte für den Oberbürgermeister haben? Der Herr Oberbürgermeister kommt trotz mehrfacher klarer Hinweise aller Mitglieder des Stadtrates, es ist ja angemahnt worden, nicht seiner vorgeschriebenen Dienstpflicht nach dem § 66 KVG LSA den Beschluss auszuführen, den Sie gefasst haben. Die Anweisungen von Ihnen als Dienstvorgesetzte werden ignoriert und nicht ausgeführt. Sie, der Stadtrat, sind der Dienstvorgesetzte des Herrn Oberbürgermeister.“

Herr Kellner bittet um Konkretisierung, woraufhin der **Bürger** erklärt, dass die Stadträte über die Missstände informiert worden seien und er Eingangsbestätigungen für seine Schreiben habe.

Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, weist darauf hin, dass die Umsetzung von Beschlüssen ein Prozess sei, der Zeit in Anspruch nehme, was nach außen möglicherweise den Eindruck erwecke, dass Beschlüsse nicht umgesetzt würden.

Der **Bürger** entgegnet, dass laut Geschäftsordnung Antworten innerhalb von sechs Wochen erfolgen müssten und dass dies in seinem Fall nicht geschehen sei.

Frage 3:

„Ich hatte hier auf den Missstand in Königendorf aufmerksam gemacht, große Löcher seien verfüllt worden, laut Antwort. In das größte Loch hat man einfach eine dort herumliegende Couch geschmissen, hochkant. Und in kleinere einfach Stöcke gesteckt. Am Zaun ist nichts geschehen. In der Antwort teilte man mit, dass der Teich eingezäunt ist. Wenn ich aber in der Frage schon angebe, dass ein Zaunfeld komplett defekt ist, kann man doch nicht sagen, dass dort ein Zaun ist. Die Dächer sind nach wie vor über die vergammelten Paletten erreichbar, es sieht immer noch furchtbar aus, Bilder darf man ja leider nicht zeigen. Mittlerweile sollte ja die Maßnahme des Besitzers zum Tragen kommen, es besteht mit Sicherheit eine Sicherungspflicht. Das gesamte Gelände ist nicht eingezäunt. Hier ist eine dauerhafte Gefahrenquelle, die schnellstmöglich abgestellt werden muss. Man kann den Besitzer sicherlich auch zur Sicherheit auf diesem Grundstück zwingen. Ich bin mir sicher, dass die Stadt dazu das Recht hat und damit auch die Pflicht.“

Herr Horváth erklärt, dass eine ähnliche Anfrage bereits beantwortet worden sei, und sichert zu, die aktuelle Frage erneut aufzunehmen.

6 Beschlussfassungen

6.1 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt – Abwägungs- und Feststellungsbeschluss Vorlage: BV/241/2025/I-61

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert zunächst, dass es bzgl. der Beschlussvorlagen unter TOP 6.1. und 6.2. eine Korrektur gibt. Dort sind in den Beschlusstexten sowie in den Begründungen die Anlagen 3 (Begründung mit Umweltbericht) und 4 (Planzeichnung) irrtümlich falsch datiert worden. Das korrekte Datum lautet 30. September 2025 und wird vor der Beschlussfassung im Stadtrat in den Beschlussvorlagen korrigiert.

Herr Kellner fragt, ob es zur Beschlussvorlage Einführungsbedarf gebe. Da keine Wortmeldungen erfolgen, stellt er die Beschlussvorlage BV/241/2025/I-61 mit den Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

- 6.2 Bebauungsplan Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" Abwägungs- und Satzungsbeschluss**
Vorlage: BV/242/2025/I-61

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt, ob es hierzu Einführungsbedarf gebe. Da dies von den Anwesenden verneint wird, stellt er die Beschlussvorlage BV/242/2025/I-61 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

- 6.3 Bebauungsplan Nr. 234 "Wohnbebauung an der Finanzrat-Albert-Straße" – Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: BV/267/2025/I-61

Auf die Anfrage von **Herrn Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, ob hier Einführungsbedarf bestehe, meldet sich **Herr Groneberg, Fraktion der CDU**, zu Wort. Er fragt, ob im Zuge der Errichtung von Häusern Bäume weggenommen werden und ob es Ersatzpflanzungen geben werde.

Darauf antwortet **Frau Gelies, Amt für Wirtschaft und Stadtplanung**, dass der Bauherr einen Antrag auf Bauleitplanung gestellt habe. Sie führt aus, dass das betreffende Grundstück teilweise als Wald eingestuft sei. Aufgrund dieser Einstufung sowie der allgemeinen Verfahrensweise bei Bebauungsplänen werde das Verfahren in vollem Umfang durchgeführt, auch wenn es sich lediglich um die Errichtung von fünf Häusern handele. **Frau Gelies** erläutert, dass im Rahmen des Verfahrens eine Umweltprüfung sowie ein Eingriffsausgleich durchgeführt würden. Sie betont, dass alle Umweltbelange berücksichtigt werden, einschließlich einer Waldumwandlung. Es werde eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Träger öffentlicher Belange und Behörden geben, bei der Stellungnahmen abgegeben werden könnten. Dann werden diese Belange geprüft, mit Gutachten versehen und im nächsten Planungsschritt erneut vorgelegt.

Dann stellt **Herr Kellner** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

- 6.4 Bebauungsplan Nr. 229 "Stadteingang Ost- Mühleninsel" - Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung**
Vorlage: BV/271/2025/I-61

Herr Diederich, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), erscheint zur Sitzung. Somit sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Frau Gelies, Amt für Wirtschaft und Stadtplanung, gibt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als *Anlage* beigefügt ist, ausführliche Informationen zur Beschlussvorlage.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt nach der Möglichkeit eines Grillplatzes, worauf **Frau Gelies** erklärt, dass dieser am Kiesbett auf einer Plattform entstehen könne.

Herr Kellner äußert Bedenken hinsichtlich der geplanten Geländer entlang der Mulde und merkt an, dass es in der Vergangenheit keine Vorfälle gegeben habe, die dies erforderlich machten. Er regt an, die Möglichkeit einer Slipanlage für Boote zu prüfen, da derzeit nur begrenzte Zugänge zur Mulde existierten.

Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, erläutert, dass Boote auf der anderen Seite der Friedensbrücke zu Wasser gelassen würden und daher keine zusätzliche Slipanlage notwendig sei.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, äußert Kritik, dass ihre Vorschläge zur naturnäheren Gestaltung und ergonomischen Wegführung nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Sie weist darauf hin, dass in den Unterlagen eine Karte fehlen würde, die die Standorte der zu fällenden Bäume zeige.

Frau Gelies erklärt, dass diese Informationen im Umweltbericht enthalten und Ersatzpflanzungen innerhalb des Geltungsbereichs vorgesehen seien.

Frau Richter betont, dass die Öffentlichkeit nicht über die Fällung zweier alter Rubinien informiert worden sei und bittet um Prüfung, ob diese erhalten werden könnten.

Frau Gelies erläutert, dass die Bäume möglicherweise nicht erhalten werden könnten, wenn die Wege hergestellt würden, jedoch das Bestreben bestehe, sie zu erhalten.

Herr Max, sachkundiger Einwohner, erkundigt sich nach Ersatzparkplätzen, da die bestehenden Parkplätze auf der Mühleninsel wegfallen würden.

Frau Gelies erklärt, dass der Parkplatz ursprünglich für die Massa-Verkaufsstelle und später für den Rathausneubau genutzt worden sei. Ersatzparkplätze seien am Friederikenplatz vorgesehen, und im Zusammenhang mit der BUGA werde ein Konzept für Besucherparkplätze entwickelt. Wohnmobilstellplätze könnten auf der anderen Seite der Mulde oder am nördlichen Brückenkopf der geplanten zweiten Muldebrücke eingerichtet werden.

Dann bittet **Herr Kellner** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 7 – 1 – 0

6.5 Haushaltssatzung 2026, Haushaltsplan 2026, Stellenplan 2026 Vorlage: BV/289/2025/II-20

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert zunächst, dass die Haushaltssatzung 2026 gemeinsam mit der Konsolidierung behandelt werde.

Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, führt anhand einer Präsentation, die als *Anlage* zum Protokoll genommen wird, in die Thematik ein.

Abstimmungsergebnis: 4 – 2 – 2

6.6 Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 und Folgejahre Vorlage: BV/290/2025/II-20

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, erläutert, dass zum Haushaltskonsolidierungskonzept bereits Ausführungen gemacht worden seien. Es wird sodann wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 2 – 3 – 3

Die Beschlussvorlage ist somit abgelehnt.

6.7 Begrünung des Kreisverkehrs Sieben Säulen Vorlage: FV/017/2025/GRÜNE

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hebt zunächst hervor, dass die Verwaltung eine positive Stellungnahme zu dem Vorhaben abgegeben habe, wofür er seinen Dank ausspreche. Aufgrund der bisherigen Diskussionen in den Ausschüssen sei ein Änderungsantrag formuliert worden, der insbesondere die Prüfung der Fördermittelbindefrist bis 2036 beinhalte. Der Änderungsantrag wird dem Protokoll als *Anlage* beigefügt.

Dann stellt **Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, die Fraktionsvorlage mit den Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 1

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Handlungs- und Durchführungskonzept zum Quartiersmanagement im Quartier „Am Leipziger Tor“ Vorlage: IV/030/2025/I-61

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, regt an, hierzu eine kurze Einführung zu geben.

Frau Wermter, Amt für Wirtschaft und Stadtplanung, informiert wie folgt: Aufgrund der neuen Ausbreitung des Quartiers sei das Quartiersmanagement weiterhin aktiv und habe ein neues Handlungs- und Durchführungskonzept vorgelegt, das auf den bisherigen Aufgaben und praktischen Erfahrungen aufbaue. Sie betont, dass die bisherigen Maßnahmen erfolgreich seien und daher fortgeführt würden. Es fänden Netzwerktreffen statt, bei denen Vereine, soziale Einrichtungen und andere Akteure vor Ort einbezogen würden. Diese Treffen ermöglichten Kooperationen und Problemlösungen durch die Vernetzung der Teilnehmenden. **Frau Wermter** führt weiter aus, dass der Bildungsverbund ein Schwerpunktthema bleibe. Projekte wie die Lese-Omas, Umweltbildung und Ferienspiele würden weiterhin unterstützt. Auch das Thema Nachbarschaft werde gefördert, beispielsweise durch Nachbarschaftsfrühstücke oder Projekte wie „Gießkannen helfen“, bei dem Wasser gesammelt und für das Gießen von Bäumen bereitgestellt werde. Dieses Projekt solle ehrenamtliches Engagement fördern. Darüber hinaus unterstütze das Quartiersmanagement Maßnahmen, die im Quartierskonzept verankert seien, und verwalte eine Aktionskasse, die kleinere Maßnahmen und Aktionen von Vereinen oder Privatpersonen finanziell unterstütze. **Frau Wermter** erwähnt zudem, dass eine Arbeitsgruppe zur Sauberkeit und Ordnung eingerichtet worden sei. Weiterhin solle die Quartierszeitung fortgeführt werden, ebenso wie Quartiersspaziergänge und -gespräche, die bereits etabliert seien.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, bedankt sich für die Ausführungen und stellt fest, dass es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gibt.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Zunächst erläutert **Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit**, dass die Stadtverwaltung eine Abfrage bei den Ortschaften und den Stadtbezirken im Hinblick auf Straßen mit möglichen Geschwindigkeitsreduzierungen im Zusammenhang mit der Novellierung der Straßenverkehrsordnung durchgeführt hatte.

Herr Dähne, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung, stellt die Ergebnisse der Auswertung anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als *Anlage* beigefügt ist, vor. Er berichtet, dass 19 Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte befragt worden seien. Rückmeldungen hätten u. a. die Ziebigker Straße betroffen, für die sich eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h gewünscht werde. Als Begründung hierfür wurden der Fußgängerüberweg, ein Spielplatz und der Schulweg genannt. Auch für andere Straßen, wie die Knobelsdorffallee und die Orangeriestraße seien Geschwindigkeitsreduzierungen vorgeschlagen worden, insbesondere im Hinblick auf Schulwege und Bushaltestellen. Für die Ziebigker Straße sei eine Vorplanung der

Unteren Verkehrsbehörde vorhanden, die eine Reduzierung auf 30 km/h für einen bestimmten Abschnitt vorsehe. Die Erstellung der Verkehrszeichenpläne sei jedoch noch offen, und es bedürfe weiterer Abstimmungen mit der Polizei und anderen Beteiligten. **Herr Dähne** gibt an, dass die Anordnung für die Ziebigker Straße bis Ende des ersten Quartals 2026 erfolgen könnte, während andere Ortschaften sukzessive bis spätestens Januar 2027 geprüft würden.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert sich erfreut über die Fortschritte, hinterfragt jedoch die Begrenzung der Geschwindigkeitsreduzierung auf 150 Meter hinter dem Fischereiweg.

Herr Dähne erklärt, dass die 150-Meter-Regelung auf den Tatbeständen der StVO basiere und ergänzt, dass ein Lückenschluss zwischen den Abschnitten angestrebt werde.

Herr Horváth erläutert, dass die Kommune im Rahmen der neuen Typisierung der StVO die Möglichkeit habe, Geschwindigkeitsanordnungen ohne besondere Gefahrenprüfung vorzunehmen, jedoch weiterhin die Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs gewährleistet sein müssten.

Dann erteilt **Herr Kellner** Herrn Neuhaus von der Bürgerinitiative Ziebigker Straße das Rederecht. Einwände hiergegen wurden von den Anwesenden auf Anfrage nicht erhoben.

Herr Neuhaus bedankt sich zunächst für die Fortschritte, kritisiert jedoch, dass die Problematik der Radfahrer auf der Ziebigker Straße weiterhin ungelöst bleibe. Zudem fordert er eine Gleichbehandlung anderer Straßen, wie beispielsweise in Mosigkau und in der Heidestraße. Er verweist auch auf die Belastung durch Lärm und Unfallgefahr.

Herr Horváth entgegnet, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine Geschwindigkeitsreduzierung auf der gesamten Ziebigker Straße derzeit nicht gegeben seien. Er betont, dass die Verwaltung sich an Recht und Gesetz halten müsse und verweist auf frühere Entscheidungen der Oberen Verkehrsbehörde, die ähnliche Anordnungen aufgehoben habe.

Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), ergänzt, dass eine aktuelle Verkehrsplanung für bestimmte Straßen, wie die Orangeriestraße, erforderlich sei, um rechtliche Grundlagen für Geschwindigkeitsreduzierungen zu schaffen. Er weist darauf hin, dass die Feuerwehrezufahrt in der Orangeriestraße ebenfalls berücksichtigt werden müsse.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, lenkt die Diskussion auf weitere Themen und spricht die Problematik der Behindertenparkplätze vor dem Rathaus an.

Herr Dähne erklärt, dass beide Parkplätze nun als Behindertenparkplätze markiert seien, jedoch das Schild noch falsch stehe. Dies wird zeitnah behoben.

Herr Kellner thematisiert dann die Anordnung der Polizei, bei Fackelumzügen in Mildensee alle Seitenstraßen zu sperren. Er bittet die Verwaltung, dies zu prüfen, da in anderen Ortschaften keine vergleichbaren Maßnahmen erforderlich seien.

Herr Groneberg, Fraktion der CDU, fragt nach der Möglichkeit, Sicherheitsmaßnahmen, wie sie für den Stadtkern vorgesehen sind, auch in den Vororten umzusetzen.

Herr Horváth erklärt, dass dies aufgrund der Sicherheitsrelevanz im nichtöffentlichen Teil der Sitzung besprochen werden solle.

Herr Weber erkundigt sich, ob alle Weihnachtsmärkte in der Stadt ordnungsgemäß genehmigt seien.

Herr Dähne bestätigt, dass die meisten Märkte bereits genehmigt und bei zwei Märkten noch kleinere Nachbesserungen erforderlich seien.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich nach dem Stand der Maßnahmen gegen den Eichenprozessionsspinner und bittet um eine schriftliche Beantwortung. Weiterhin stellt er Fragen zu Straßenbäumen, Müllsündern und den Bearbeitungszeiten für Veranstaltungsanmeldungen. Zudem fragt er nach dem Stand eines möglichen Nachfahrverbots für Mähroboter und verweist auf eine Pressemitteilung des Umweltministers, der dies befürworte.

Herr Horváth sichert zu, die Fragen schriftlich zu beantworten. Bzgl. der Thematik der Müllsünder könnte durch die Umweltdetektive in einem der nächsten Ausschüsse eine Auswertung gegeben werden. Gleiches gilt für die Auswertung zum Thema hinsichtlich der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners.

Herr Kellner schlägt vor, im Februar 2026 eine detaillierte Diskussion über abgesagte Feste und die Abläufe bei Veranstaltungsanmeldungen zu führen, um Missverständnisse und Gerüchte auszuräumen.

Dann schließt **Herr Kellner** den öffentlichen Teil der Sitzung und lässt Nichtöffentlichkeit herstellen.

10 Schließung der Sitzung

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, schließt die Sitzung 19.13 Uhr.

Dessau-Roßlau, 07.01.26

Florian Kellner

Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz

Schriftführerin